

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 66. Ratssitzung vom 28. Oktober 2015**

### **1360. 2015/130**

**Weisung vom 13.05.2015:**

**Stadtentwicklung, Informationsangebote für die ausländische Bevölkerung, Bericht zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte», Weiterführung ab 2016, wiederkehrende Ausgaben**

Antrag des Stadtrats

1. Der Zwischenbericht des Stadtrats zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Weiterführung der im Rahmen des Pilotprojekts neu aufgebauten «ergänzenden Informationsprodukte» ab dem Jahr 2016 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 300 000.– bewilligt.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit:

**Hans Urs von Matt (SP):** *Das Angebot ist in die Gesamtstrategie der Informationsarbeit für die ausländische Bevölkerung der Stadt eingebettet und bildet zusammen mit den Basisprogrammen eine Einheit. Hier geht es um die ergänzenden Angebote zu diesem Basisprogramm, so z. B. um Integrationskurse für Frauen, Kurzurse für Integrations-themen und Einzelveranstaltungen. Die Integrationskurse für Frauen dauern 14 bis 15 Wochen und beinhalten die Alltagsbewältigung sowie die wirtschaftliche und soziale Integration. Dort ist eine Kinderbetreuung sichergestellt, so dass die Teilnahmeschwelle tief gehalten werden kann. Die Kurzurse dauern 3–4 Wochen und decken einen spezifischen Informationsbedarf innerhalb von Sprachgruppen ab. Bei den Veranstaltungenreihen werden drei bis fünf Kurse gemeinsam ausgeschrieben und jedes Angebot geht auf ein ganz spezifisches Thema ein. An den Einzelveranstaltungen wird an einem Nachmittag für zwei bis drei Stunden ein bestimmtes Thema aufgegriffen, wie z. B. Wohnen im Alter. Dieses richtet sich an Menschen, die schon länger hier sind. Die Pilotprojekte sind gut bis sehr gut gelaufen. Die Angebote sind zweckmässig und ergänzen sich. Der personelle und finanzielle Aufwand ist angemessen und die Qualität des Angebots ist gut. Aber es wird laufende Entwicklungsarbeit und Überprüfung benötigt. Bedingt durch die Zusammenarbeit mit den Trägerschaften und privaten Organisationen, sind die Kurse keine Selbstläufer, sie müssen immer wieder neu konzipiert, angepasst und evaluiert werden. Die Zielgruppenerreichung ist unterschiedlich, auf die speziellen Hintergründe und Bedürfnisse der Ausländerinnen und Ausländer muss Rücksicht genommen werden. Die ergänzenden Angebote sollen deshalb unbefristet weitergeführt werden. Die wiederkehrenden, jährlichen Ausgaben werden zum Teil durch den Kanton und den Bund mitfinanziert. Man bekommt also viel für das Geld. Die Mehrheit der Kommission schlägt vor, die Weisung anzunehmen, den*

2 / 4

*Bericht des Pilotprojekts zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und die wiederkehrenden Kosten zu bewilligen.*

Kommissionsminderheit:

**Martin Götzl (SVP):** *Fremdsprachige sollen sich möglichst rasch in unsere Gesellschaft integrieren. Nur eine erfolgreiche Integration bringt mittel- und langfristig eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden. Gemäss dem Ausländergesetz erfüllt die Stadt die gesetzlichen Vorgaben des Bundes grosszügig. Weltweit stellt keine andere Stadt so viele Integrationsprojekte bereit wie Zürich. Wenn eine Schweizerin, ein Schweizer ins Ausland auswandert, muss er sich selbst über Bräuche und die Gesetzgebung informieren. Die Angebote und Unterlagen stehen nicht in einem vernünftigen Verhältnis zu Angebot und Nachfrage. In den verschiedenen Kreisbüros der Stadt sind zwischen 2010 bis 2014 rund 13 000 Begrüssungscouverts abgegeben worden, Anmeldungen gingen zwischen 1118 und 1518 ein. Von diesen verzichteten rund 10 % darauf, die Angebote wahrzunehmen. Die verteilten Deutschkurse-Gutscheine werden lediglich zu 30 % eingelöst. Meist wissen die Ausländer schneller und besser Bescheid, welche sozialen Institutionen zur Verfügung stehen und welche Rechte sie haben. Weniger Informationen generiert man über ihre Pflichten. Es ist nicht sinnvoll, ein bestehendes Angebot aufrecht zu erhalten oder gar zu erweitern. Sinnvoll sind die nichtstaatlichen Anbieter wie z. B. die Caritas, die ihre Arbeit mit viel Engagement und teilweiser Freiwilligkeit leisten. Wir stehen zur Eigenverantwortung. Integration funktioniert nur, wenn sich beide Seiten aktiv engagieren. Es besteht bereits ein reichhaltiges Integrationsangebot. Wir lehnen die Weisung ab.*

Weitere Wortmeldung:

**Ezgi Akyol (AL):** *Wir unterstützen die Weiterführung der Informationsangebote. Stossend finde ich aber, dass sich der Bericht allen erdenklichen Stereotypen bedient. Während die chinesischen, japanischen sowie deutschen Sprachgruppen zu arbeitsamen, gut integrierten Bevölkerungsgruppen gehören, die sich weitgehend selbständig informieren, werden für die albanische Sprachgruppe Kurse zur Gewaltprävention oder für die französische Sprachgruppe Kurse zur Familienzusammenführung aus afrikanischen Ländern nach Zürich angeboten. Hilflose, russische Frauen können sich zum Glück auf ihre Ehemänner verlassen und Angebote für die türkische Sprachgruppe werden mit der islamischen Stiftung und Moscheen zusammen ausgearbeitet. Den Bericht werden wir dennoch zustimmend zur Kenntnis nehmen, aber vielleicht findet mit meinem Votum eine gewisse Sensibilisierung statt.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

**STP Corine Mauch:** *Das Konzept geht zurück auf einen Vorstoss der SP, CVP und EVP. Wir haben damals aufgrund einer Bedarfsanalyse das Konzept zugunsten der ausländischen Bevölkerung ausgearbeitet und wichtige Elemente aus der Motion im Konzept umgesetzt. Wir initiierten eine dreijährige Pilotphase, der Gemeinderat war damit einverstanden. Nach dem Zwischenbericht haben wir nun festgestellt, dass das Konzept in einem angemessenen Aufwand seine Ziele erreicht. Pro Jahr nehmen rund*

3 / 4

*2000 Personen aus 20 Sprachgruppen teil. Wir beantragen deshalb die definitive Einführung. Das Projekt leistet einen relevanten Beitrag an die städtische Integrationsarbeit.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Präsidentin Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Abwesend: Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 21 Stimmen zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Hans Urs von Matt (SP), Referent; Vizepräsidentin Isabel Garcia (GLP), Heidi Egger (SP), Nicolas Esseiva (SP), Markus Knauss (Grüne) i. V. von Präsidentin Christina Hug (Grüne), Rosa Maino (AL), Markus Merki (GLP), Severin Pflüger (FDP), Mark Richli (SP)  
Minderheit: Martin Götzl (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)  
Abwesend: Cordula Bieri (Grüne), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43<sup>bis</sup> Abs.1 lit. c Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Der Zwischenbericht des Stadtrats zum Pilotprojekt «ergänzende Informationsprodukte» wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Zur Weiterführung der im Rahmen des Pilotprojekts neu aufgebauten «ergänzenden Informationsprodukte» ab dem Jahr 2016 werden jährliche Ausgaben von maximal Fr. 300 000.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 4. November 2015 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 3. Dezember 2015)

4 / 4

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat